Erste Koordinierungsvereinbarung unserer Universität mit einer VVB

Am 1. Juli wurde die erste Koordinierungsvereinbarung zwischen der Karl-Marx-Universität und einer VVB, der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik, unterzeichnet. Für die VVB unterzeichnete der Direktor des Instituts für elektronische Bauelemente, Herr Schneider, für die Karl-Marx-Universität Rektor Prof. Dr. Werner.

Die VVB Bauelemente und Vakuumtechnik umfaßt die Halbleiterbauelemente- und Röhrenproduktion der DDR, ist also insbesondere an gezielten Grundlagenuntersuchungen auf dem Gebiet der Halbleiterphysik interessiert. An der Karl-Marx-Universität werden Probleme der Festkörperphysik als Schwerpunkt behandelt. Die vertragliche Vereinbarung, die entsprechend der großen Bedeutung der Halbleiteruntersuchungen für das künftige Profil unserer Volkswirtschaft ein jährliches Vertragsvolumen von mehreren Millionen Mark umfaßt, bezieht sich auf Arbeiten, die im Fachbereich Physik und in der Sektion Chemie durchgeführt werden sollen.

Da in nächster Zeit ähnliche Vereinbarungen anderer Disziplinen zu notwendig sind, baten wir Dr. Unger, der die vorbereitenden Verhandlungen mit der VVB führte, einige Hinweise für die Vorbereitung solcher Vereinbarungen zu geben.

Durch diese neue Form der Vertragsforschung sollen die Interessen der Industrie noch stärker als bisher mit den Ausbildungs- und Forschungsprogrammen der wissenschaftlichen Einrichtungen koordiniert werden, um so den wissenschaftlichen Vorlauf für die Industrie noch effektiver als bisher sicherzustellen. Die Koordinierungsvereinbarungen stellen einen Rahmenvertrag dar, während die in einzelnen Forschungsthemen niedergelegten konkreten Forschungsaufgaben über spezielle Wirtschaftsverträge finanziert werden.

Die von uns abgeschlossene Vereinbarung hat als Vertragsgegenstand „die planmäßige Organisierung der Kooperationsbeziehungen zwischen den Partnern zur Durchführung von Forschungsaufgaben zur Halbleiterphysik". Die Zusammenarbeit besteht u. a. „in der Koordinierung der Pläne für Forschung und Entwicklung, in der Bearbeitung auftragsgebundener Forschungsarbeiten, in einer gezielten und aktiven Patentpolitik, in der praxisnahen Gestaltung der Ausbildung und Weiterbildung, in der Ausbildung und im Austausch wissenschaftlicher Kader".

Als Modell für die Vereinbarung diente die entsprechende Vereinbarung mit der Berliner Humboldt-Universität. Die dort ausführlich niedergelegten Grundsätze zur Aus- und Weiterbildung waren von der VVB in unserem Entwurf zunächst völlig gestrichen; es bedurfte eingehender Diskussionen, um hier unsere Interessen zu wahren. Konkret ist nun niedergelegt, daß 1. die VVB einen Vertreter in die für die Ausbildung und Erziehung verantwortlichen Gremien der Sektion Chemie und des Fachbereiches Physik entsendet; daß 2. die VVB die Planung und Durchführung von Lehrveranstaltungen, insbesondere zu technologischen und ökonomischen Themen unterstützt; daß 3. die Karl-Marx-Universität umgekehrt bei der Weiterbildung der im Bereich der VVB tätigen Physiker, Chemiker und Kristallographen mitarbeitet.

Das in der Vereinbarung umrissene Forschungsprogramm, insbesondere die Ausarbeitung der entsprechenden Forschungsthemen, hat die größte Mühe verursacht: Einerseits war es unbedingt notwendig, die Untersuchungen auf möglichst nur eine Halbleiter-Substanzgruppe zu beschränken, um dadurch die Effektivität der Forschung zu erhöhen. Andererseits war natürlich als Basis für die Untersuchungen die Kristallherstellung zu sichern. Um diese Fragen zu klären und konkrete Themenangebote an die VVB zu erarbeiten, wurde vom Vorsitzenden des Schwerpunktes Festkörperphysik, Prof. Dr. Lösche, eine Problemkommission „Festkörperuntersuchungen" gegründet, in der Vertreter der beteiligten Arbeitsgruppen vertreten sind und deren Vorsitz mir übertragen wurde.

In der Arbeit dieser Problemkommission ist in entscheidendem Maße die Verantwortung der Wissenschaftler für die geforderte Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufs für unsere Industrie verankert. Das liegt daran, daß für die VVB das interessierende Wissenschaftsgebiet viel zu groß ist, als daß die VVB als Zentralgewalt die Marschrichtungen der notwendigen Forschung in weiter Sicht allein festlegen könnte. Daher wurden von der VVB einzelne sozialistische Arbeitsgemeinschaften gegründet, die als Gutachterkommission zu den für einzelne Forschungskomplexe notwendigen Arbeiten Stellung nehmen und diese koordinieren soll. In diesen Gemeinschaften sind Fachleute der am jeweiligen Komplex mitarbeitenden wissenschaftlichen Institutionen vertreten.

Da jeder Forschungskomplex einen besonderen Partner für den Abschluß der Wirtschaftsverträge hat, stand vor uns die Aufgabe, die bestehenden Vertragsforschungen so zusammenzufassen bzw. neue Forschungsthemen unter Einbeziehung der verschiedenen mitarbeitenden Gruppen der Karl-Marx-Universität so auszuarbeiten und zu profilieren, daß ein enger Kontakt mit möglichst wenig Partnern für die Wirtschaftsverträge gewährleistet ist.

In der Ausarbeitung des Themenangebots gegenüber der VVB muß die prognostische Einschätzung der Entwicklungstendenzen zum Ausdruck kommen – das bedingt, was im Einzelfall hart sein kann, die Orientierung auf Schwerpunktuntersuchungen und evtl. die Beendigung insbesondere der Untersuchung vieler verschiedener Substanzen mit einer Meßmethodik. Die Aussage über ein zukünftiges Bauelement muß im Vordergrund stehen. Das bedeutet natürlich nicht, daß z. B. laufende Doktorarbeiten rigoros abgebrochen werden sollen – es geht hier darum, rechtzeitig die

Weichen zu stellen, damit in zum großen Teil auch eigener Verantwortung der Wissenschaftler die trächtigen Forschungsrichtungen gesucht und mit hoher Effektivität auch bearbeitet werden können. Diese Profilierung muß in engem Zusammenhang mit der im Zuge der Hochschulreform durchgeführten Verbesserung der Inhalte und Formen der Ausbildung gesehen und genutzt werden.

Mit der geschlossenen Vereinbarung übernehmen die Angehörigen der Karl-Marx-Universität große Verpflichtungen, denn die angebotene Forschungskapazität muß nun auch für die Aufgaben der VVB effektiv und voll wirksam eingesetzt werden. Viele Detailfragen der Organisation bei der konkreten Gestaltung der praxisnahen Ausbildung und der Durchführung der Forschungsthemen sind noch zu klären; aber wir hoffen, daß die Ergebnisse unserer Arbeit in Ausbildung und Forschung den Erwartungen der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik entsprechen und so letzten Endes zur ökonomischen Stärkung unserer Republik beitragen.

Dr. Konrad Unger,
Fachbereich Physik, Abt. Struktur der Materie

Historiker zeigen Beispiel aktiver Mitgestaltung

Die Mitarbeit der FDJ-Studenten der Fachrichtung Geschichte an der Verwirklichung der Hochschulreform kann als fundiert und relativ breit eingeschätzt werden.

Eine Woche nach der Dresdner Schrittmacherkonferenz ergriffen die staatliche Leitung und die FDJ-Fachrichtungsleitung unabhängig voneinander die Initiative, um Kommissionen zur Durchsetzung der Hochschulreform zu bilden. Wir standen vor der Wahl: entweder entstehen getrennte Arbeitsgremien der Wissenschaftler und der Studenten (die aber doch gezwungen gewesen wären, in irgendeiner Form zusammenzuwirken), oder wir bilden von vornherein gemeinsame Arbeitsgruppen, die auf dem komplizierten Gebiet der Hochschulreform eine echte Partnerschaft Lehrender und Studierender verwirklichen. Wir entschieden uns für diesen Weg, und die weitere Entwicklung hat uns recht gegeben.

Der Fachrichtungsleiter, Prof. Günther, berief drei Arbeitsgruppen: für Forschungsprofilierung, für das Phasenstudium der Diplomlehrer Marxismus-Leninismus/Geschichte und für das Phasenstudium der Geschichtslehrer. Vertreter der Studenten, um nur einige besonders aktive Jugendfreunde zu nennen: Ulrich Heß aus dem dritten, Gerd Friedrich und Fritz Neuhaus aus dem zweiten, Anneli Heiger aus dem ersten Studienjahr, nahmen gleichberechtigt an den Beratungen teil. Diese Arbeitsgruppe unterstützten die Tätigkeit der Expertengruppe Geschichte, in die die FDJ-Leitung ebenfalls einen Vertreter entsandte. Gegenwärtig werden diese Arbeitsgruppen in leicht veränderter Form weitergeführt, um die Sektionsgründung vorzubereiten und die Arbeit der staatlichen Leitung wirksam zu unterstützen.

Der Wert einer solchen gleichberechtigten Mitarbeit der FDJ zeigte sich in den von Expertengruppe und Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Materialien. Bestimmte Vorstellungen der Studenten zu Veränderungen im Ausbildungsprozeß wurden entweder Allgemeingut an der Fachrichtung oder in gemeinsamen Beratungen auf ihre Realisierbarkeit überprüft, und dabei wurde dann der günstigere Weg zur Lösung der aufgeworfenen Probleme gefunden.

Um zwei Beispiele zu nennen: Von Anfang an forderte die FDJ durch ihre Vertreter, die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit der Studenten als durchgängiges Studienprinzip zu verwirklichen und alle Konsequenzen, die sich für Inhalt und Form von Lehrveranstaltungen ergeben, zu ziehen. Diese Forderung wurde von den Wissenschaftlern unserer Fachrichtung als Hauptweg der Effektivierung des Studienprozesses aufgegriffen und rückhaltlos unterstützt. In dem ausgearbeiteten Erziehungs- und Ausbildungsprojekt, das zur breiten Diskussion gestellt wurde, ist die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit inhaltlich bestimmt als durchgängiges Ausbildungsprinzip mit dem Ziel der schöpferischen Aneignung und Überprüfung, Anwendung und Erweiterung der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten, der Entwicklung propagandistischer und gesellschaftlich-organisatorischer Fertigkeiten und der Förderung einer echten sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sowohl der Studenten untereinander als auch der Wissenschaftler und Studenten. Gerüst des Systems wissenschaftlich-produktiver Tätigkeit sind die inhaltlich neubestimmten „normalen" Lehrveranstaltungen einschließlich der unsere propagandistische Arbeit unterstützenden Lehrveranstaltungen (z. B. ein Seminar zur historischen Mission der Arbeiterklasse im ersten Studienjahr) und der Praktika.

Zu Einzelfragen in diesem System wissenschaftlich-produktiver Tätigkeit gab es, und damit zum Beispiel, eine Reihe unterschiedlicher Auffassungen. So hielt die FDJ zu Beginn der Diskussion die wissenschaftlichen Studentenzirkel, an denen möglichst viele Studenten teilnehmen sollten – unter Einschluß auch der unteren Studienjahre –, für die Hauptform der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit. Doch in den Beratungen wurden wir darauf hingewiesen, daß hier die Gefahr einer Verselbständigung solcher Zirkel gegenüber den Anforderungen des Ausbildungsprozesses zu groß ist. So einigten wir uns schließlich auf folgenden Modus: Gerüst der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit sind, wie erwähnt, die Lehrveranstaltungen. Im Spezial- und Forschungsstudium werden die Studenten durch neueingeführte Oberseminare in die Forschungsarbeit der Sektion einbezogen. Und hier wird auch in diesen Phasen das Hauptfeld der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit liegen. Die wissenschaftlichen Studentenzirkel werden die besten Studenten des Grund- und Fachstudiums an die Forschungsarbeit heranführen.

Selbstverständlich wird nicht nur in Expertengruppe und Arbeitsgruppen diskutiert, obwohl uns, ehrlich gesagt, die Breite der Diskussion außerhalb dieser Gremien noch nicht genügt. Jede FDJ-Gruppe erhielt aus dem Gesamtkomplex der Hochschulreform bestimmte Schwerpunkte zur Diskussion, die dem jeweiligen Ausbildungsstand angemessen waren. So sollten zum Beispiel von den Diplomlehrergruppen das erste Studienjahr über die Heranführung an die wissenschaftlich-produktive Tätigkeit, das zweite über das Prüfungs- und Leistungsnachweissystem an unserer Fachrichtung und das dritte über das Absolventenbild beraten.

Die Frage nach dem Absolventenbild ist ein Kernproblem der ganzen Hochschulreform. Bestimmt wird das Absolventenbild durch die Anforderungen der gesellschaftlichen Praxis. Und diese Anforderungen müssen dem gesamten Erziehungs- und Ausbildungsprozeß zugrunde gelegt werden. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Erkenntnis, daß gesellschaftliche Praxis für uns als Diplomlehrer Marxismus-Leninismus/Geschichte und als Geschichtslehrer die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins bei der Bevölkerung der DDR ist. Der Absolvent unserer Fachrichtung muß dementsprechend Lehrer und Erzieher, Forscher und Propagandist der Partei sein. Von diesen Leitsätzen ausgehend, stellten wir einen ganzen Katalog von Forderungen zusammen, die ein Absolvent unserer Fachrichtung zu erfüllen imstande sein muß.

Erarbeitet wurde dieses Absolventenbild von der FDJ-Gruppenleitung des dritten Studienjahres, einem Studienjahr, das als ausgezeichnetes „Sozialistisches Studenkollektiv" bereits gute Erfahrungen bei der Verwirklichung eines vor zwei Jahren von dieser Gruppe selbst ausgearbeiteten Absolventenbildes gesammelt hat.

Bernd Angstin

UZ-Gespräch

mit
WOLFGANG WELKERLING

Abteilung M/L der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Fachgruppe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Wir haben den Entwurf eines Stufenprogramms zur wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit der Abteilung M/L gelesen und stellten fest, daß es den Anforderungen der Hochschulreform noch nicht gerecht wird. Zum Teil gibt es bei der FDJ schon konkrete Vorstellungen!

Genosse Welkerling: Es ist ein Entwurf. Beispielsweise in der Fachgruppe Geschichte gibt es weitergehende, z. T. bereits mit Erfolg praktizierte Vorhaben. Wir vergeben bereits in der Vorbereitungswoche an alle Studenten wahlweise Forschungsaufträge zu bestimmten komplexen Themen der Geschichte nach 1945. Sie erfordern ein gründliches Materialstudium und oftmals Forschungen in unserer gesellschaftlichen Praxis. Dazu gibt es eine Liste mit der notwendigen Literatur und Erläuterungen der Forschungsaufgabe, für deren Lösung die Studenten ein Semester Zeit hatten. Die erzielten Ergebnisse sollen mit in die Gestaltung des Unterrichts teils in Seminaren, teils in Kolloquien einbezogen werden. Die Erfahrungen – z. B. hatten 14 solcher Arbeiten des 1. Studienjahres Leistungsschau-Niveau – sind ermutigend.

Trotzdem ist ein Zeitverlust sowohl innerhalb der Abteilung als auch hinsichtlich der Diskussion über den Marxismus-Leninismus in den Bereichen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät zu spüren.

Genosse Welkerling: Wir sind nicht nur von unseren eigenen Vorstellungen abhängig, sondern auch von den zentralen Richtlinien für das Studium, die vom Ministerium ausgearbeitet werden. Die ließen lange auf sich warten, liegen jetzt beim Institut für M/L und werden uns erst in den nächsten Tagen zugänglich sein. Unter anderem deshalb sind wir in den Sektionen noch nicht ausreichend wirksam geworden.

Dennoch wäre eine Diskussion mit den Studenten und Vertretern der künftigen Sektionen sicher nicht von Schaden gewesen. Wie soll es jetzt weitergehen?

Genosse Welkerling: Unser Entwurf muß konkretisiert werden und dann als Richtschnur für die M/L-Ausbildung gelten. Besonders der methodischen Ausbildung, die das schöpferische Studium fördert, wird dabei mehr Gewicht zukommen. Wir wollen dann versuchen, nach den Prüfungen in der vorlesungsfreien Zeit mit den Studenten doch noch ins Gespräch zu kommen. Auf jeden Fall sollen unsere Vorschläge in den Erziehertollektiven und Parteiversammlungen der Fachrichtungen bzw. Sektionen diskutiert werden.

Gibt es einen genauen Ablaufplan bzw. konkrete Termine für die weitere Arbeit?

Genosse Welkerling: Exakte Termine sind noch nicht bekannt. Durch die Prüfungen sind wir zur Zeit sehr stark beansprucht.

UZ kommentiert

Die Abteilungen Systematische Pädagogik und Geschichte der Pädagogik/Vergleichende Pädagogik riefen zur Diskussion über das von ihnen vorgeschlagene künftige pädagogische Grundstudium. Ein Flugblatt nannte die Vorschläge der Pädagogen[1]); erbat Meinungen dazu; lud schließlich alle interessierten Studenten und Wissenschaftler für vergangenen Donnerstag zur Diskussion.

Wir hielten das für wichtig und waren dort – außer uns leider nur sehr, sehr wenige, darunter eine dreiköpfige Delegation der Fachrichtung Staatsbürgerkunde.

Haben andere fürs Lehrerstudium noch immer keine Zeit?

Zeit ist gewiß knapp in diesen Tagen, und jeder einzelne, der nicht da war, hat dafür sicher einen Grund. Um so mehr imponierte uns die rationelle Arbeitsweise der Staatsbürgerkundelehrer, bei denen eine Gruppe Studenten von der FDJ-Leitung mit exakten Aufträgen bezüglich der Hochschulreform versehen wurde, darunter der Wahrnehmung solcher Beratungen in anderen Bereichen, die auf die Staatsbürgerkundeausbildung Einfluß haben. Die Studenten versicherten uns, daß das ausgezeichnet klappt – mit relativ geringem Aufwand ist durch die Berichterstattung der drei gesichert, daß Abteilung, FDJ-Leitung und dadurch alle Angehörigen der Fachrichtung informiert werden.

Umgekehrt hat diese Methode noch den Vorteil, daß die den Pädagogen unterbreiteten Anregungen weniger zufällig, mehr repräsentativ sind, da die Delegierten eben nicht nur für sich allein sprachen. So konnten die Pädagogen wertvolle Bestätigungen ihrer neuen Vorschläge mitnehmen, aber auch manch nützlichen Hinweis. Zum Beispiel den, daß die schönste Stundentafel und auch eine optimale Folge der pädagogischen Lehrveranstaltungen untereinander, um die sich der neue Vorschlag offenbar verdient macht, trotzdem nichts nützen, wenn nicht gesichert ist, daß die spätere Lehrveranstaltung auch inhaltlich exakt mit der früheren abgestimmt ist. Es wirkt im Zeitalter der Zusammenarbeit verschiedenster Fachrichtungen wie ein Anachronismus, wenn in Grundlagen der Erziehung Modelle gelehrt werden, die die Methodiker später in keiner Weise anwenden, die nicht einmal alle Methodiker kennen.

Falscher Vorschlag durch falschen Ausgangspunkt

Es gab noch mehr Vorschläge der Studenten – so den verstärkter Einflußnahme der Studenten, Absolventen und Wissenschaftler auf die Oberschulen behufs besserer Studienwerbung, um schließlich auch fürs Lehrerstudium eine anspruchsvollere Bewerberauswahl zu ermöglichen. Zum gleichen Zwecke wurde aber auch die Senkung der Immatrikulationsziffern auf die Hälfte – zugunsten strengerer Auswahlkriterien – empfohlen.

Uns scheint die Denklücke, die diesem Vorschlag zugrunde liegt, typisch für manches, was in diesen Tagen noch passiert.

Wir sind uns zwar weitgehend einig, daß aus der Hochschulreform höhere Leistungen in Ausbildung wie Forschung hervorgehen müssen. Daß wir das aber nicht nur um der Ehre der Universität willen tun (das auch!), sich vielmehr dahinter handfeste Forderungen der sozialistischen Gesellschaft, ihrer Entwicklung zum System, Verpflichtungen unseres Staates im internationalen Klassenkampf verbergen, wird allzuoft noch vergessen.

Es ist ein Grundproblem der gegenwärtigen Phase der Hochschulreform, die prognostisch ermittelten Anforderungen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und der wissenschaftlich-technischen Revolution in ihrer Einheit als Ausgangspunkt aller Vorschläge, Diskussionen und Veränderungen zu sichern. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist der Vorschlag verminderter Immatrikulation der bequemste Weg, um zu einem höheren Niveau der künftigen Lehrer zu gelangen. Zu bequem, weil er nur von augenblicklichen Schwierigkeiten, nicht von den prognostischen Anforderungen ausgeht; zu bequem, weil er verhindert, zum Beispiel die Kraft der FDJ-Organisation für die Hebung des Niveaus auch bei gleichen und erhöhten Immatrikulationsziffern zu mobilisieren.

Wir werfen den Staatsbürgerkundestudenten deshalb nicht allgemein Bequemlichkeit vor. Wir wissen, daß sie Beispielhaftes leisteten bei der Ermittlung der Anforderungen an einen Staatsbürgerkundelehrer durch Umfragen in Betrieben, Oberschulen usw. – aber wir möchten sie und alle anderen warnen, auch nur eine Minute lang über Teilzielen und unmittelbaren Aufgaben die eigentlichen Ziele und den richtigen Ausgangspunkt zu vergessen.

Ms.

1) einheitliche Konzipierung des gesamten pädagogischen Grundstudiums; inhaltliche Gliederung in Grundlagen der Erziehung, Einführung in die Didaktik, erziehungstheoretischer Grundkurs; mehr wissenschaftlich-produktive Tätigkeit in allen Ausbildungsformen des Grundstudiums; höhere Effektivität der Praktika durch stärkere Einbeziehung der Studenten in die Lösung von Forschungsaufgaben; Sicherung berufsbezogener Ausbildung durch Beginn der Pädagogikausbildung im 1. Semester; Konzentration der Pädagogikausbildung auf die ersten 4 Semester, 6 statt bisher 10 Semesterwochenstunden für allgemein- und historisch-pädagogische Disziplinen (7 im Grundstudium); folgende Stundenverteilung: je 2 Stunden Grundlagen der Erziehung im 1. und 2. Semester, danach Ferienpraktikum, je 1 Stunde Didaktik und Erziehungstheorie im 3. Semester, danach pädagogisch-psychologisches Praktikum, 1 Stunde Erziehungstheorie im 4. Semester.

SLUB
Wir führen Wissen.
UNIVERSITÄTS BIBLIOTHEK LEIPZIG